



# A m t s b l a t t

für den  
Landkreis Rotenburg (Wümme)

---

Nr. 22

Rotenburg (Wümme), den 30.11.2020

44. Jahrgang

---



## Inhalt

### A. Bekanntmachungen des Landkreises Rotenburg (Wümme)

---

### B. Bekanntmachungen der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden

18. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Unterstedt (Am Kohlhof) der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 28. August 2020

Satzung der Stadt Rotenburg (Wümme) über den Bebauungsplan Nr. 14 von Unterstedt – Am Kohlhof – vom 28. August 2020

Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Ehrenbeamten sowie der anderen ehrenamtlich Tätigen der Stadt Rotenburg (Wümme) (Entschädigungssatzung) vom 19. November 2020

Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Ehrenbeamten sowie der anderen ehrenamtlich Tätigen der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 27.09.2007 zuletzt geändert durch Satzung am 19. November 2020

Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 19. November 2020

Jahresabschlüsse 2019 der Samtgemeinde Selsingen und der Arbeitsgemeinschaft Bildungswerk Selsingen und Entlastungserteilung vom 30. November 2020

### C. Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

---

### D. Berichtigungen

---

---

### A. Bekanntmachungen des Landkreises Rotenburg (Wümme)

---

- Amtsblatt Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 30.11.2020 Nr. 22

---

### B. Bekanntmachungen der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden

#### **Stadt Rotenburg (Wümme)**

#### **18. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Unterstedt (Am Kohlhof)**

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der jeweils geltenden Fassung hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am

27.08.2020 die 18. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Unterstedt (Am Kohlhof), bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung, beschlossen.

Rotenburg (Wümme), den 28.08.2020

Andreas Weber  
Der Bürgermeister (L. S.)

Die Genehmigung gem. § 6 Abs. 1 BauGB der o. g. Flächennutzungsplanänderung ist vom Landkreis Rotenburg (Wümme) mit Verfügung vom 20.11.2020 erteilt worden.

Jedermann kann die Flächennutzungsplanänderung, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung ab dem 01.12.2020 bei der Stadt Rotenburg (Wümme), Große Str. 1, alter Teil des Rathauses, 2. OG, während der Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen. Das Änderungsgebiet ist im anliegenden Lageplan dargestellt.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtlichen Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Rotenburg (Wümme), den 30.11.2020

Der Bürgermeister  
Andreas Weber (L. S.)

- Amtsblatt Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 30.11.2020 Nr. 22

---

**Satzung der Stadt Rotenburg (Wümme)  
über den Bebauungsplan Nr. 14 von Unterstedt  
– Am Kohlhof –**

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 28.08.2020 den Bebauungsplan Nr. 14 von Unterstedt - Am Kohlhof -, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung, als Satzung beschlossen.

Rotenburg (Wümme), den 28.08.2020

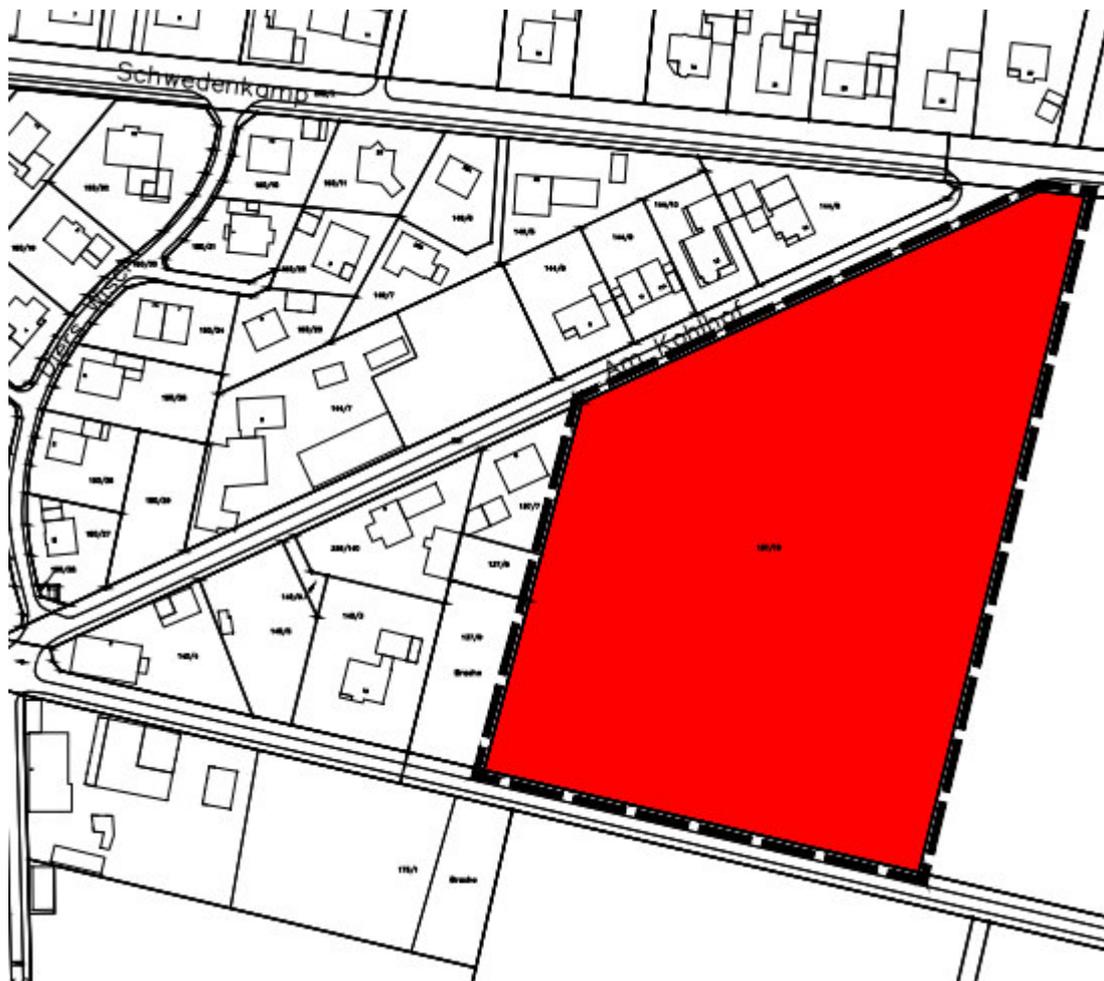
Andreas Weber  
Der Bürgermeister (L. S.)

Jedermann kann den Bebauungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung ab dem 01.12.2020 bei der Stadt Rotenburg (Wümme), Große Str. 1, alter Teil des Rathauses, 2. OG, während der Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen. Das Plangebiet ist im anliegenden Lageplan dargestellt. Die verbindlichen Plangrenzen sind der Satzung zu entnehmen.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtlichen Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Gemäß § 44 Abs. 5 BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von Vermögensnachteilen, die durch den Bebauungsplan eintreten, sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche hingewiesen.

Rotenburg (Wümme), den 30.11.2020

Der Bürgermeister  
Andreas Weber (L. S.)



- Amtsblatt Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 30.11.2020 Nr. 22

### **Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Ehrenbeamten sowie der anderen ehrenamtlich Tätigen der Stadt Rotenburg (Wümme) (Entschädigungssatzung)**

Aufgrund der §§ 10 Abs. 1, 11 und 58 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) am 19.11.2020 folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1**

1. § 5 Abs. 1 Satz 1 wird folgender Satz hinzugefügt:  
*Die monatlich berechnete Dienstaufwandsentschädigung gilt nur, wenn nichts anderes bestimmt worden ist.*
2. § 5 Abs. 1 wird durch folgenden Buchstaben I) erweitert:  
*I) Der Brandmeister vom Dienst (BvD) erhält für eine 24 Std.-Bereitschaft eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 51 €.*
3. § 8 erhält folgende Fassung:  
*Die Satzung tritt mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft*

#### **§ 2**

Die Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Rotenburg (Wümme), den 19.11.2020

Weber  
Der Bürgermeister

- Amtsblatt Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 30.11.2020 Nr. 22

**Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder,  
der Ehrenbeamten sowie der anderen ehrenamtlich Tätigen  
der Stadt Rotenburg(Wümme) vom 27.09.2007  
zuletzt geändert durch Satzung am 19.11.2020**

Gemäß § 10 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 02.03.2017 (Nds. GVBl. S. 48) wurde die Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Ehrenbeamten sowie der sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen der Stadt Rotenburg (Wümme) vom Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) in seiner Sitzung vom 19.11.2020 beschlossen.

**§ 1  
Aufwandsentschädigung**

- (1) Für die Teilnahme an einer Sitzung des Rates, des Verwaltungsausschusses, eines Ausschusses, einer Fraktion des Rates oder des Ortsrates erhalten Sitzungsgeld
- a) die Ratsmitglieder in Höhe von je 28,00 Euro
  - b) die Ortsratsmitglieder in Höhe von je 15,00 Euro.

Dauert eine Sitzung länger als 4 Stunden, wird ein weiteres Sitzungsgeld gewährt.

Das Sitzungsgeld wird auch für die Teilnahme an Veranstaltungen, Besprechungen, Besichtigungen usw. gewährt, zu denen vom Verwaltungsausschuss oder vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin eingeladen und die Notwendigkeit der Gewährung des Sitzungsgeldes den Umständen nach von den jeweils Einladenden festgestellt wird.

Bei Vertretungssituationen im Laufe einer Fachausschuss-Sitzung hat nur das zuerst anwesende Ratsmitglied Anspruch auf Sitzungsgeld.

Neben dem Sitzungsgeld erhalten die Ratsmitglieder für die Ausübung des Mandats eine Aufwandsentschädigung von monatlich 40,00 Euro, die Ortsratsmitglieder von monatlich 25,00 Euro.

Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung umfassen den Ersatz der notwendigen Auslagen und der Kosten für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes.

Die außerhalb des Stadtkerns von Rotenburg (Wümme) wohnenden Ratsmitglieder und Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, erhalten für die in Ausübung des Mandats entstehenden Fahrtkosten von der Wohnung bis zur Tagungsstätte und zurück – unabhängig von der Art des Verkehrsmittels – eine Fahrtkostenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz in der jeweils geltenden Fassung.

- (2) Die tatsächlich entstandenen Aufwendungen für eine Kinderbetreuung von Kindern bis zum 14. Lebensjahr werden auf Nachweis bis zur Höhe von 9,00 € je angefangene Stunde erstattet.

Eine angefangene Stunde bis 30 Minuten wird als halbe Stunde und über 30 Minuten als ganze Stunde abgerechnet.

- (3) Für Dienstreisen nach Orten außerhalb des Stadtgebietes erhalten die Rats- und Ortsratsmitglieder Sitzungsgeld sowie Fahrtkostenersatz nach Abs. 1 und Übernachtungsgeld nach dem Bundesreisekostengesetz.

**§ 2  
Verdienstaufschlag**

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung nach den §§ 1 und 3 haben die Ratsmitglieder Anspruch auf Ersatz ihres nachgewiesenen Verdienstaufschlags. Er wird nach Stunden berechnet und beträgt höchstens 17,00 Euro pro Stunde. Dabei ist für den Weg vor und nach einer Sitzung, Veranstaltung usw. ein Zuschlag bis zu je ½ Stunde zu machen, soweit diese Zeiten innerhalb der normalen täglichen Arbeitszeit des/der Anfordernden liegen.

Verdienstaufschlag wird auf Antrag gewährt für die Mandatswahrnehmung in der Zeit von 7.00 bis 12.00 h und 13.00 bis 18 h.

Selbständig Tätigen kann über den vorgenannten Zeitraum hinaus bei glaubhafter Versicherung Verdienstaufschlag bis längstens 20.00 h, höchstens für 8 Stunden/Tag, gewährt werden; § 1, Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Verdienstaufschlag und Pauschalstundensatz werden nur gewährt, wenn sie innerhalb eines Jahres nach ihrem Entstehen geltend gemacht werden.

- (2) Ratsmitglieder, die keine Ansprüche nach Abs. 1 geltend machen können, die einen Haushalt mit mindestens 2 oder mehr Personen führen und denen im Bereich der Haushaltsführung ein Nachteil entsteht, der nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag einen Pauschalstundensatz von 9,00 Euro. Entsprechendes gilt für im sonstigen beruflichen Bereich entstandene und nachgewiesene Nachteile.

### § 3

#### Aufwandsentschädigung der mit besonderen Funktionen betrauten Rats- und Ortsratsmitglieder

- (1) Neben den Entschädigungen nach §§ 1 und 2 erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung
- |   |             |
|---|-------------|
| a) die stellvertr. Bürgermeister/innen  | 280,00 Euro |
| b) die Fraktionsvorsitzenden  |             |
| bis 5 Fraktionsmitglieder   | 195,00 Euro |
| von 6 bis 10 Fraktionsmitglieder  | 230,00 Euro |
| über 10 Fraktionsmitglieder   | 280,00 Euro |
| c) die Ortsbürgermeister/innen von je   | 175,00 Euro |
| d) wenn der/die Ortsbürgermeister/innen zugleich alle Hilfsfunktionen für die Verwaltung nach der Hauptsatzung erfüllt zusätzlich | 125,00 Euro |
| e) die 1. Vertreter/innen der Ortsbürgermeister/innen von je  | 55,00 Euro. |
- (2) Die Fraktions- oder Gruppenvorsitzenden können durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Bürgermeister bestimmen, dass Teile ihrer Aufwandsentschädigung gem. Abs. 1 Buchstabe b) an einen oder mehrere andere fraktions- oder gruppenangehörige Ratsmitglieder zu zahlen sind. In der schriftlichen Erklärung ist die Verteilung betragsmäßig oder prozentual unter namentlicher Nennung der jeweils begünstigten Fraktions- oder Gruppenmitglieder zu bestimmen. Die Erklärung wird ab dem auf den Zugang beim Bürgermeister folgenden Kalendermonat wirksam.
- (3) Die Aufwandsentschädigung geht auf den Vertreter/die Vertreterin über, wenn der Empfänger seine Aufgaben ununterbrochen länger als 1 Monat nicht wahrnimmt; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.

Eine nach Abs. 1e dem/der Vertreter/Vertreterin zustehende Aufwandsentschädigung wird angerechnet.

### § 4

#### Aufwandsentschädigung des Ortsvorstehers in Borchel

- (1) Der Ortsvorsteher/Die Ortsvorsteherin der Ortschaft Borchel erhält eine Aufwandsentschädigung von monatlich 230,00 Euro.
- (2) § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

### § 5

#### Entschädigung der Ehrenbeamten/Ehrenbeamtinnen und sonstigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Unter gleichzeitiger Abgeltung sämtlicher Auslagen und des Verdienstaufalles wird folgenden ehrenamtlich tätigen Personen monatlich eine Dienstaufwandsentschädigung gezahlt. Die monatlich berechnete Dienstaufwandsentschädigung gilt nur, wenn nichts anderes bestimmt worden ist.
- |  |             |
|--|-------------|
| a) dem Stadtbrandmeister/der Stadtbrandmeisterin von   | 225,00 Euro |
| b) dem/der ständige Vertreter/in des Stadtbrandmeisters/der Stadtbrandmeisterin  |             |
| aa) sofern gleichzeitig Ortsbrandmeister/in von  | 75,00 Euro  |
| bb) sofern nicht gleichzeitig Ortsbrandmeister/in  | 100,00 Euro |
| c) den Ortsbrandmeister/innen  |             |
| aa) als Leiter/in einer Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung   | 75,00 Euro  |
| bb) als Leiter/in einer Ortsfeuerwehr mit Feuerwehrstützpunkt  | 75,00 Euro  |
| cc) als Leiter einer Ortsfeuerwehr mit Feuerweherschwerpunkt   | 125,00 Euro |
| d) aa) als stv. Leiter/in einer Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung   | 30,00 Euro  |
| bb) als stv. Leiter/in einer Ortsfeuerwehr mit Feuerwehrstützpunkt   | 30,00 Euro  |
| cc) als stv. Leiter/in einer Ortsfeuerwehr mit Feuerweherschwerpunkt   | 50,00 Euro  |
| e) den Gerätewarten/Gerätewartinnen einer Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung und einer Ortsfeuerwehr als Feuerwehrstützpunkt für die 1. bis 4. Geräteeinheit   | 11,00 Euro  |
| und für jede weitere Geräteeinheit einer Ortsfeuerwehr als Feuerweherschwerpunkt für die 1. bis 4. Geräteeinheit   | 7,00 Euro   |
| und für jede weitere Geräteeinheit   | 19,50 Euro  |
| (Die Feuerwehrfahrzeuge LF 8 mit Vorbaupumpe und eingeschobener TS, LF 10 (s), LF 10/6, LF 16, TLF 8, TLF 16, DLK23-12, SW, RW, GW, GW-Z werden als je zwei Geräteeinheiten, die übrigen Feuerwehrfahrzeuge als je | 13,50 Euro  |

eine Geräteeinheit gewertet.).

f) den Stadtjugendwarte/Jugendwartinnen und den Betreuerinnen und Betreuern der Kinderfeuerwehren	40,00 Euro
g) Jugendwarte der Ortsfeuerwehren	20,00 Euro
h) Funkwarte	
aa) in einer Ortswehr mit Grundausrüstung	15,00 Euro
bb) in einer Ortswehr mit Feuerwehrtstützpunkt	15,00 Euro
cc) in einer Ortswehr mit Feuerweherschwerpunkt	30,00 Euro
dd) Stadtfunkwart (jährlich)	50,00 Euro
i) Atemschutzgerätewarte	
aa) in einer Ortswehr mit Grundausrüstung	15,00 Euro
bb) in einer Ortswehr mit Feuerwehrtstützpunkt	15,00 Euro
cc) in einer Ortswehr mit Feuerweherschwerpunkt	30,00 Euro
j) Sicherheitsbeauftragte für Atemschutzgeräte (jährlich)	50,00 Euro
k) Stadtpressesprecher der Freiwilligen Feuerwehr (jährlich)	50,00 Euro
l) Der Brandmeister vom Dienst (BvD) erhält für eine 24 Stundenbereitschaft eine Aufwandsentschädigung in Höhe von	51,00 Euro

Die Dienstaufwandsentschädigung umfasst nicht den Verdienstaussfall aufgrund einer Freistellung gemäß § 12 Absatz 3 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) in der jeweils geltenden Fassung.

- (2) Ist der Empfänger/die Empfängerin einer Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 länger als drei Monate ununterbrochen verhindert, seine/ihre Funktionen wahrzunehmen, entfällt die Aufwandsentschädigung für die über drei Monate hinausgehende Zeit. Erholungsurlaub bleibt außer Betracht. Der Vertreter/die Vertreterin erhält für die über drei Monate hinausgehende Vertretung drei Viertel der für den Vertretenen festgesetzten Aufwandsentschädigung. Eine nach Abs. 1 (b) und (d) dem Vertreter/der Vertreterin zustehende Aufwandsentschädigung wird angerechnet.
- (3) Die Entschädigung für den Verdienstaussfall wird in den Fällen des § 33 Abs. 1 NBrandSchG in der jeweils geltenden Fassung auf höchstens 17,00 Euro je Stunde festgesetzt.
- (4) Die Entschädigung für die Betreuung von Kindern entsprechend § 33 Abs. 2 NBrandSchG in der jeweils geltenden Fassung wird auf höchstens 8,00 Euro je Stunde festgesetzt.
- (5) Alle aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr erhalten für die Teilnahme an den Lehrgängen der Landesfeuerweherschule einheitlich und unabhängig von ihrem Verdienstaussfall je angefangenen Lehrgangstag eine Entschädigung in Höhe von 37,00 Euro.
- (6) Für die vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin genehmigten Dienstreisen nach außerhalb des Stadtgebietes werden Reisekosten nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes gezahlt, soweit diese Kosten nicht von anderen Stellen getragen werden (z. B. Landesfeuerweherschule).

## § 6

### Entschädigung für die nicht dem Rat angehörig Ausschussmitglieder und sonstige für die Stadt Rotenburg (Wümme) ehrenamtlich Tätigen

- (1) Für andere Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, und sonstige für die Stadt ehrenamtlich Tätige gelten die Vorschriften des § 1 mit der Maßgabe, dass die Aufwandsentschädigung nur als Sitzungsgeld gezahlt wird, und zwar in Höhe von 26,00 Euro je Sitzung des jeweiligen Fachausschusses, dem sie angehören.
- (2) Für die Erstattung des Verdienstaussfalls gilt § 2 entsprechend.

## § 7

### Höchstsätze der Aufwandsentschädigungen für Tätigkeiten in Aufsichtsräten und anderen Organen gem. § 111, Abs. 7 und 8 NGO

Die Höchstsätze der Aufwandsentschädigungen für Tätigkeiten im Aufsichtsrat der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH werden wie folgt festgesetzt:

Vorsitzende/r	175,00 €/Monat
stellvertr. Vorsitzende/r	120,00 €/Monat
Mitglieder	35,00 €/Monat

## § 8 Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft.

Rotenburg, den 19.11.2020

Weber  
Bürgermeister

(L. S.)

- Amtsblatt Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 30.11.2020 Nr. 22

### **Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 19.11.2020**

Aufgrund der §§ 10, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit §§ 95, 96 des Nds. Wassergesetzes (NWG) in Verbindung mit den §§ 54 bis 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) hat der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) am 19.11.2020 folgende Satzung beschlossen:

#### Inhaltsübersicht

<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>		<b>III. Besondere Vorschriften für die Beseitigung von in Kleinkläranlagen anfallendem Schlamm und Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben</b>
§ 1 Allgemeines		§ 16 Bau und Betrieb von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben
§ 2 Begriffsbestimmungen		§ 17 Besondere Regelung für abflusslose Sammelgruben
§ 3 Anschluss- und Benutzungszwang – Schmutzwasser		§ 18 Entsorgung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes
§ 4 Anschluss- und Benutzungszwang – Niederschlagswasser		§ 19 Überwachung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben
§ 5 Anschluss- und Benutzungsrecht – Schmutzwasser		
§ 6 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang – Schmutzwasser		<b>IV. Schlussvorschriften</b>
§ 7 Entwässerungsgenehmigung		§ 20 Maßnahmen an der öffentlichen Abwasseranlage
§ 8 Entwässerungsantrag		§ 21 Anzeigepflicht
§ 9 Einleitungsbedingungen		§ 22 Altanlagen
		§ 23 Vorhaben des Bundes und des Landes
<b>II. Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen</b>		§ 24 Befreiungen
§ 10 Anschlusskanal		§ 25 Haftung
§ 11 <b>Schächte, Einsteigschächte, Inspektionsöffnungen</b>		§ 26 Zwangsmittel
§ 12 Grundstücksentwässerungsanlage		§ 27 Ordnungswidrigkeiten
§ 13 Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage		§ 28 Beiträge und Gebühren
§ 14 Sicherung gegen Rückstau		§ 29 Einleiterkataster
§ 15 Niederschlagswasser von Stellplätzen		§ 30 Hinweis auf archivmäßige Verwahrung
		§ 31 Übergangsregelung
		§ 32 Inkrafttreten

#### **I. Allgemeine Bestimmungen**

##### **§ 1 Allgemeines**

(1) Die Stadt Rotenburg (Wümme) betreibt nach Maßgabe dieser Satzung zur Beseitigung des in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Abwassers:

- a) eine rechtlich selbständige Anlage zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung für das Stadtgebiet einschl. Ortschaften mit Ausnahme des Wochenendhausgebietes Am Bullensee - Bebauungsplan Nr. 5 von Unterstedt – einschl. des Ferienhausgrundstückes, Flurstück 1/1, Flur 7 von Unterstedt – nachstehend Anlage I bezeichnet – ;
  - b) eine rechtlich selbständige Anlage zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung für das Wochenendhausgebiet Am Bullensee – Bebauungsplan Nr. 5 von Unterstedt – einschl. des Ferienhausgrundstückes, Flurstück 1/1, Flur 7 von Unterstedt – nachstehend Anlage II bezeichnet –;
  - c) eine rechtlich selbständige Anlage zur dezentralen Abwasserbeseitigung (Beseitigung des Inhalts von abflusslosen Sammelgruben und des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes) – nachstehend Anlage III bezeichnet –;
  - d) eine rechtlich selbständige Anlage zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung  
als jeweils eine öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abwasserbeseitigung erfolgt mittels zentraler Kanalisations- und Abwasserbehandlungsanlagen im Trennverfahren (zentrale Abwasseranlagen) oder mittels Einrichtungen und Vorkehrungen zur Abfuhr und Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben und des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes (dezentrale Abwasseranlage).
- (3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Anschaffung, Verbesserung und Erneuerung bestimmt die Stadt im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.
- (4) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dieser Satzung kann sich die Stadt Dritter bedienen.

## **§ 2 Begriffsbestimmungen**

- (1) Die Abwasserbeseitigung im Sinne dieser Satzung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung und die Beseitigung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers soweit die Stadt abwasserbeseitigungspflichtig ist.
- (2) Abwasser im Sinne dieser Satzung ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser.
- Schmutzwasser ist:
- a) das durch häuslichen Gebrauch verunreinigte Wasser (häusliches Abwasser),
  - b) das durch gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigte oder sonst in seinen Eigenschaften veränderte Wasser (nichthäusliches Abwasser). Ausgenommen ist das durch landwirtschaftlichen Gebrauch entstandene Abwasser, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden.
- Niederschlagswasser ist
- das aufgrund von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten und befestigten Flächen abfließende Wasser.
- Als Abwasser gilt auch jedes sonstige in die Kanalisation eingeleitete Wasser.
- (3) Grundstück i. S. d. Satzung ist das Grundstück i. S. d. Grundbuchrechtes. Mehrere Grundstücke gelten dann als ein Grundstück, wenn sie nur gemeinsam bebaubar bzw. wirtschaftlich nutzbar sind.
- (4) Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind alle Einrichtungen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung, Ableitung und Reinigung des Abwassers auf dem Grundstück dienen, soweit sie nicht Bestandteil der öffentlichen Abwassereinrichtung sind. Zu den Grundstücksentwässerungsanlagen zählen auch abflusslose Sammelgruben.
- (5) a) Die öffentliche zentrale Abwassereinrichtung für Schmutzwasser endet
- 1. an der Grenze des zu entwässernden Grundstückes für Bestandsanlagen im Bereich der Anlage I,
  - 2. vor dem ersten Schacht, Einsteigschacht oder der ersten Inspektionsöffnung bzw. an den Anschlussstutzen zum Schmutzwasserkanal hin auf dem neu anzuschließenden Grundstück im Bereich der Anlage I,
  - 3. vor dem ersten Schacht, Einsteigschacht oder der ersten Inspektionsöffnung bzw. an den Anschlussstutzen zum Schmutzwasserkanal hin auf dem Grundstück im Bereich der Anlage I, welches die Grundstücksentwässerungsanlagen für Schmutzwasser erneuern,
  - 4. hinter dem ersten Schacht, Einsteigschacht oder der ersten Inspektionsöffnung auf dem zu entwässernden Grundstück für die Anlage II

sofern der Schacht, Einsteigeschacht oder die erste Inspektionsöffnung nicht mehr als 1,0 m von der Grundstücksgrenze vom öffentlichen Grundstück, wo sich der Schmutzwasserkanal befindet, entfernt ist.

- b) Die öffentliche zentrale Abwassereinrichtung für Niederschlagswasser endet
1. an der Grenze des zu entwässernden Grundstückes für alle Bestandsanlagen,
  2. vor dem ersten Schacht, Einsteigschacht oder der ersten Inspektionsöffnung bzw. an den Anschlussstutzen zum Niederschlagswasserkanal hin auf dem Grundstück, welches die Grundstücksleitungen für Niederschlagswasser erneuern,
  3. vor dem ersten Schacht, Einsteigschacht oder der ersten Inspektionsöffnung bzw. an den Anschlussstutzen zum Niederschlagswasserkanal hin auf dem neuanzuschließenden Grundstück,

sofern der Schacht, Einsteigeschacht, die erste Inspektionsöffnung oder die Anschlussleitung ohne Schacht bei Bestandsanlagen nicht mehr als 1,0 m von der Grundstücksgrenze zum öffentlichen Grundstück, wo sich der Niederschlagswasserkanal befindet, entfernt ist.

(6) Zur öffentlichen zentralen Abwassereinrichtung gehören

- a) das gesamte öffentliche Entwässerungsnetz einschl. aller technischen Einrichtungen, wie (je nach den örtlichen Verhältnissen) das Leitungsnetz mit getrennten Leitungen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser (Trennverfahren), die Anschlussleitungen, Reinigungsschächte, Pumpstationen, Schächte mit Ventileinheiten, Kleinpumpwerke und Rückhaltebecken im öffentlichen Bereich sowie Schächte, Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen auf den Grundstücken im Bebauungsplangebiet Nr. 5 - Am Bullensee;
- b) alle Einrichtungen zur Behandlung des Abwassers; das sind Klärwerke und ähnliche Anlagen, die im Eigentum der Stadt stehen, sowie von Dritten hergestellte und unterhaltene Anlagen, deren sich die Stadt bedient und zu deren Unterhaltung sie beiträgt;
- c) offene und verrohrte Gräben und Wasserläufe, soweit die wasserrechtliche Aufhebung der Gewässereigenschaft erfolgt ist und die Gräben bzw. Wasserläufe zur Aufnahme der Abwässer dienen und nicht Gewässer i. S. d. WHG bzw. NWG sind und
- d) alle zur Erfüllung der in den Ziffern a) – c) genannten Aufgaben notwendigen Sachen und Personen bei der Stadt und deren Beauftragten.

(7) Zur öffentlichen dezentralen Abwassereinrichtung gehören alle Vorkehrungen und Einrichtungen für Abfuhr und Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Gruben und in Kleinkläranlagen anfallendem Schlamm außerhalb des zu entwässernden Grundstückes sowie die zur Erfüllung der dabei anfallenden Aufgaben eingesetzten Sachen und Personen bei der Stadt und deren Beauftragten.

(8) Soweit sich die Vorschriften dieser Satzung auf den/die Grundstückseigentümer\*in beziehen, gelten die Regelungen entsprechend auch für Erbbauberechtigte, Nießbraucher\*innen, sonstige dinglich Berechtigte und solche Personen, die die tatsächliche Gewalt über eine bauliche Anlage oder ein Grundstück ausüben.

### **§ 3 Anschluss- u. Benutzungszwang - Schmutzwasser**

- (1) Jede\*r Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, sein/ihr Grundstück nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an eine öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald auf dem Grundstück Schmutzwasser auf Dauer anfällt. Wer Besitzer\*in des Grundstückes, eines Gebäudes auf dem Grundstück oder eines Grundstücks- oder Gebäudeteiles ist, ohne zum Anschluss verpflichtet zu sein, hat die zum Anschluss erforderlichen Maßnahmen zu dulden.
- (2) Dauernder Anfall von Schmutzwasser ist anzunehmen, sobald das Grundstück mit Gebäuden für den dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen oder für gewerbliche oder industrielle Zwecke bebaut ist oder mit der Bebauung des Grundstückes begonnen wurde.
- (3) Die Verpflichtung nach § 3 Abs. 1 richtet sich auf den Anschluss an die zentrale Abwasseranlage, sobald die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung vor und auf dem Grundstück betriebsbereit vorhanden ist, sonst auf den Anschluss des Grundstückes an die dezentrale Abwasseranlage.
- (4) Besteht ein Anschluss an die dezentrale Abwasseranlage, kann die Stadt den Anschluss an die zentrale Abwasseranlage auch nachträglich verlangen, sobald die Voraussetzungen des Abs. 3 nachträglich eintreten und soweit die Vorschrift des § 96 Abs. 6 S. 3 NWG dem nicht entgegensteht. Der/die Grundstückseigentümer\*in erhält eine entsprechende Mitteilung durch die Stadt. Der Anschluss ist binnen 3 Monaten nach Zugang der Mitteilung vorzunehmen. Die Grundstücksentwässerungsanlage muss zum Zeitpunkt des Anschlusses der DIN 1986 entsprechen.
- (5) Werden an einer Erschließungsstraße, in die später Entwässerungskanäle eingebaut werden sollen, bauliche Anlagen errichtet, so sind auf Verlangen der Stadt alle Einrichtungen für den künftigen Anschluss an die zentrale Abwasseranlage vorzubereiten und die erforderlichen Maßnahmen zu dulden.

- (6) Die Stadt kann auch, solange sie noch nicht abwasserbeseitigungspflichtig ist, den Anschluss eines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage anordnen (Ausübung des Anschlusszwanges). Der/die Grundstückseigentümer\*in hat den Anschluss innerhalb 3 Monate nach der Erklärung der Stadt über die Ausübung des Anschlusszwanges vorzunehmen.
- (7) Wenn und soweit ein Grundstück bezüglich des Schmutzwassers an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der/die Grundstückseigentümer\*in verpflichtet, alles anfallende Schmutzwasser – sofern nicht eine Einleitungsbeschränkung nach § 9 gilt – der öffentlichen Abwasseranlage zuzuführen.
- (8) Auf Grundstücken, die an die zentrale Abwasseranlage angeschlossen sind oder die dem Anschlusszwang unterliegen, dürfen abflusslose Sammelgruben, Kleinkläranlagen, behelfsmäßige Entwässerungsanlagen und ähnliche Anlagen weder hergestellt noch betrieben werden.

#### **§ 4 Anschluss- u. Benutzungszwang - Niederschlagswasser**

- (1) Niederschlagswasser ist grundsätzlich auf den Grundstücken zu verrieseln oder zu versickern. Die Stadt kann bezüglich des Niederschlagswassers den Anschluss eines Grundstückes an die öffentliche zentrale Abwasseranlage anordnen (Ausübung des Anschlusszwanges), soweit ein gesammeltes Fortleiten des auf dem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit zu verhüten.

Davon ist insbesondere auszugehen, wenn

- das Grundstück derart bebaut oder befestigt worden ist, dass das Niederschlagswasser nicht versickern oder ablaufen kann,
- der Bodenaufbau eine Versickerung nicht oder nur bedingt zulässt,
- das Niederschlagswasser nicht nur unerheblich verunreinigt wird, bevor es in den Boden gelangt.

Der/die Grundstückseigentümer\*in hat den Anschluss innerhalb 3 Monate nach der Erklärung der Stadt über die Ausübung des Anschlusszwanges vorzunehmen.

- (2) Wenn und soweit ein Grundstück bezüglich des Niederschlagswassers an eine öffentliche zentrale Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der/die Grundstückseigentümer\*in verpflichtet, sämtliches Niederschlagswasser, das auf bebauten und befestigten Flächen anfällt, der öffentlichen zentralen Abwasseranlage nach Maßgabe dieser Satzung zuzuführen, soweit es nicht als Brauchwasser Verwendung findet. Die Verwendung als Brauchwasser ist der Stadt zuvor schriftlich anzuzeigen.

#### **§ 5 Anschluss- u. Benutzungsrecht - Schmutzwasser**

- (1) Jede\*r Eigentümer\*in eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstückes ist berechtigt, von der Stadt zu verlangen, dass sein/ihr Grundstück zur Ableitung von Schmutzwasser nach Maßgabe dieser Satzung an die bestehende öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird.
- (2) Nach betriebsfertigem Anschluss des Grundstückes hat der/die Anschlussberechtigte vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung das Recht, die auf dem Grundstück anfallenden Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten, wenn und soweit nicht anderweitige Rechtsvorschriften die Einleitung einschränken oder verbieten.
- (3) Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht
  1. solange eine Übernahme des Abwassers technisch nicht möglich ist oder mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden wäre;
  2. wenn das Abwasser wegen seiner Art und Menge zweckmäßiger von demjenigen/derjenigen beseitigt wird, bei dem/der es anfällt.

#### **§ 6 Befreiung vom Anschluss- u. Benutzungszwang - Schmutzwasser**

- (1) Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser kann auf Antrag ausgesprochen werden,
  1. soweit die Stadt von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt ist und
  2. wenn der Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Abwassereinrichtung oder seine Benutzung für den/die Grundstückseigentümer\*in unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohles unzumutbar ist.

Der Antrag soll schriftlich innerhalb eines Monats nach der Aufforderung zum Anschluss bei der Stadt gestellt werden.

Für Befreiungsanträge gilt § 7 Abs. 2 entsprechend. Die Stadt kann bei Bedarf Unterlagen nachfordern.

- (2) Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang ist unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs und auf eine bestimmte Zeit auszusprechen. Sie erlischt, sobald die Stadt hinsichtlich des freigestellten Grundstückes abwasserbeseitigungspflichtig wird.

### **§ 7 Entwässerungsgenehmigung**

- (1) Die Stadt erteilt nach den Bestimmungen dieser Satzung eine Genehmigung zum Anschluss an eine zentrale Abwasseranlage und zum Einleiten von Abwasser (Entwässerungsgenehmigung).

Änderungen der Grundstücksentwässerungsanlage, der der Entwässerungsgenehmigung zugrunde liegenden Abwasserverhältnisse oder des Anschlusses an die Abwasseranlage bedürfen ebenfalls einer Entwässerungsgenehmigung.

- (2) Entwässerungsgenehmigungen nach Abs. 1 sind vom/von der Grundstückseigentümer\*in schriftlich zu beantragen (Entwässerungsantrag).
- (3) Die Stadt entscheidet, ob und in welcher Weise das Grundstück anzuschließen ist. Sie kann Untersuchungen der Abwasserbeschaffenheit sowie Begutachtungen der Grundstücksentwässerungsanlagen durch Sachverständige verlangen, sofern dies zur Entscheidung über den Entwässerungsantrag erforderlich erscheint. Die Kosten hat der/die Grundstückseigentümer\*in zu tragen.
- (4) Die Genehmigung wird ungeachtet privater Rechte erteilt und lässt diese unberührt. Sie gilt auch für und gegen die Rechtsnachfolger des/der Grundstückseigentümers\*in. Sie ersetzt nicht Erlaubnisse und Genehmigungen, die für den Bau oder Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sein sollten.
- (5) Die Stadt kann – abweichend von den Einleitungsbedingungen des § 9 – die Genehmigung unter Bedingungen und Auflagen sowie unter dem Vorbehalt des Widerrufs sowie der nachträglichen Einschränkung oder Änderung erteilen, solange dadurch die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung durch die Stadt nicht gefährdet wird.
- (6) Vor der Erteilung der Entwässerungsgenehmigung darf mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage nur begonnen werden, wenn und soweit die Stadt ihr Einverständnis erteilt hat.
- (7) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Erteilung mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage nicht begonnen oder wenn die Ausführung 3 Jahre unterbrochen worden ist. Die Frist kann auf Antrag um jeweils höchstens 2 Jahre verlängert werden.

### **§ 8 Entwässerungsantrag**

- (1) Der Entwässerungsantrag ist bei der Stadt in zweifacher Ausfertigung mit dem Antrag auf Baugenehmigung oder der Bauanzeige einzureichen, wenn die Entwässerungsgenehmigung wegen eines genehmigungspflichtigen Bauvorhabens erforderlich wird. In den Fällen des § 3 Abs. 4 und 6 und § 4 Abs. 1 ist der Entwässerungsantrag spätestens einen Monat nach der Aufforderung zum Anschluss vorzulegen. Bei allen anderen Vorhaben ist der Entwässerungsantrag 3 Monate vor deren geplantem Beginn einzureichen.

Bei genehmigungsfreien Bauvorhaben nach § 69 a NBauO ist der Entwässerungsantrag mit dem Antrag auf Bestätigung der Stadt, dass die Erschließung im Sinne des § 30 BauGB gesichert ist, vorzulegen.

- (2) Der Antrag für den Anschluss an eine zentrale Abwasseranlage hat zu enthalten:
  - a) Erläuterungsbericht mit
    - einer Beschreibung des Vorhabens und seiner Nutzung,
    - Angaben über die Größe und Befestigungsart der Grundstücksflächen.
  - b) Eine Beschreibung des gewerblichen oder industriellen Betriebes oder einer ihm gleichzusetzenden Einrichtung (z.B. Krankenhaus, Labor), dessen Abwasser eingeleitet werden soll, nach Art und Umfang der Produktion bzw. sonstigen Tätigkeiten und der Menge und Beschaffenheit des dabei voraussichtlich anfallenden Abwassers sowie die Angabe der Anzahl der Beschäftigten.
  - c) Bei Grundstücksentwässerungsanlagen mit Vorbehandlungsanlagen Angaben über
    - Menge und Beschaffenheit des Abwassers,
    - Funktionsbeschreibung der Vorbehandlungsanlage,
    - Behandlung und Verbleib von anfallenden Rückständen (z. B. Schlämme, Feststoffe, Leichtstoffe),
    - Anfallstelle des Abwassers im Betrieb.

- d) Sofern das Abwasser Stoffe entsprechend § 9 Abs. 5 c dieser Satzung enthält, sind Angaben über die Anfallstellen der Stoffe, ihre vorgesehene Behandlung einschl. der Sicherheits- und Kontrolleinrichtungen, die Eigenüberwachung, die Untersuchungsmethoden und die Untersuchungshäufigkeit zu machen.
- e) Einen mit Nordpfeil versehenen Lageplan des anzuschließenden Grundstückes im Maßstab nicht kleiner als 1:500 mit folgenden Angaben:
- Straße und Haus-Nummer,
  - Gebäude und befestigte Fläche,
  - Grundstücks- und Eigentumsgrenzen,
  - Lage der Haupt- und Anschlusskanäle
  - Gewässer, soweit vorhanden oder geplant,
  - in der Nähe der Abwasserleitungen vorhandener und vorgesehener Baumbestand.
- f) Einen Schnittplan im Maßstab 1:100 durch die Fall- und Entlüftungsrohre des Gebäudes mit den Entwässerungsobjekten. Einen Längsschnitt durch die Grundleitung und durch die Schächte, Einsteigschächte oder der Inspektionsöffnungen mit Angabe der Höhenmaße des Grundstückes und der Sohlenhöhe im Verhältnis der Straße, bezogen auf NN.
- g) Grundrisse des Kellers und der Geschosse im Maßstab 1:100, soweit dies zur Klarstellung der Grundstücksentwässerungsanlagen erforderlich ist. Die Grundrisse müssen insbesondere die Bestimmung der einzelnen Räume und sämtliche in Frage kommenden Falleitungen und Entwässerungsobjekte unter Angabe der lichten Weite und des Materials erkennen lassen, ferner die Entlüftung der Leitungen und die Lage etwaiger Absperrschieber, Rückstauverschlüsse oder Hebeanlagen.
- h) Der Entwässerungsantrag und die Entwässerungsunterlagen müssen mit Datumsangabe vom/von der Grundstückseigentümer\*in und vom/von der Entwurfsverfasser\*in unterschrieben sein.
- (3) Der Antrag für den Anschluss an die dezentrale Abwasseranlage hat zu enthalten:
- a) Angaben über Art und Bemessung der Grundstücksentwässerungsanlage;
  - b) Nachweis der wasserbehördlichen Einleitungserlaubnis für die Grundstücksentwässerungsanlage;
  - c) einen mit Nordpfeil versehenen Lageplan des anzuschließenden Grundstücks im Maßstab nicht kleiner als 1:500 mit folgenden Angaben:
    - Straße und Haus-Nummer,
    - vorhandene und geplante bauliche Anlagen auf dem Grundstück,
    - Lage der Kleinkläranlage bzw. Sammelgrube,
    - Lage der Entwässerungsleitungen außerhalb des Gebäudes mit Schächten,
    - Anfahr- und Entleerungsmöglichkeit für das Entsorgungsfahrzeug.
- (4) Schmutzwasserleitungen sind mit ausgezogenen, Niederschlagswasserleitungen mit gestrichelten Linien darzustellen. Später auszuführende Leitungen sind zu punktieren.
- Folgende Farben sind dabei zu verwenden:
- |                           |   |         |
|---------------------------|---|---------|
| für vorhandene Anlagen    | = | schwarz |
| für neue Anlagen:         |   |         |
| - Schmutzwasser           | = | rot     |
| - Niederschlagswasser     | = | blau    |
| für abzubrechende Anlagen | = | gelb    |
- Die für Prüfungsvermerke bestimmte grüne Farbe darf nicht verwendet werden.
- (5) Die Stadt kann weitere Unterlagen fordern, wenn diese zur Beurteilung der Entwässerungsanlage erforderlich sind.

### **§ 9 Einleitungsbedingungen**

- (1) Für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen gelten die in den Abs. 2 - 15 geregelten Einleitungsbedingungen. Wenn eine Einleitung der Genehmigung nach § 98 NWG bedarf, treten die in der Genehmigung vorgegebenen Werte und Anforderungen an die Stelle der in den nachfolgenden Absätzen festgelegten Einleitungsbedingungen. Eine aufgrund § 98 Abs. 1 NWG erteilte Einleitungsgenehmigung ersetzt im Übrigen nicht die Einleitungsgenehmigung nach dieser Satzung. Der/die Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, eine Ausfertigung der Einleitungsgenehmigung nach § 98 Abs. 1 NWG innerhalb eines Monats nach Zugang der Stadt auszuhändigen, soweit die Stadt nicht für die Erteilung dieser Genehmigung zuständig ist.
- (2) Alle Abwässer dürfen nur über die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleitet werden.

- (3) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf unbelastetes Niederschlagswasser, unbelastetes Grund- und Dränwasser sowie unbelastetes Kühlwasser nur in den Niederschlagswasserkanal, Schmutzwasser nur in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden.
- (4) Die Stadt ist berechtigt, jederzeit die Grundstücksentwässerungsanlage darauf zu überprüfen oder überprüfen zu lassen, ob die Einleitungsbedingungen nach dieser Satzung eingehalten werden. Sie kann zu diesem Zweck auch jederzeit Proben des Abwassers entnehmen und untersuchen oder Messgeräte in den öffentlichen oder privaten Schächten, Einsteigschächten oder Inspektionsöffnungen installieren. Soweit keine Schächte, Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen vorhanden sind, ist die Stadt berechtigt, die zur Messung erforderlichen Einrichtungen einzubauen. Die Kosten für diese Überwachungsmaßnahmen hat der/die Grundstückseigentümer\*in zu tragen. Der/die Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, der Stadt die für die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage und des Abwassers erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (5) In die öffentlichen Abwasseranlagen dürfen nur Abwasser eingeleitet werden. Es ist insbesondere verboten, solche Stoffe einzuleiten, die
- das in den öffentlichen Abwasseranlagen tätige Personal gefährden können,
  - die Kanalisation verstopfen oder zu Ablagerungen führen oder darin erhärten können,
  - wegen der Besorgnis einer Giftigkeit, Langlebigkeit, Anreicherungsfähigkeit oder einer krebserzeugenden, fruchtschädigenden oder erbgutverändernden Wirkung als gefährlich zu bewerten sind,
  - giftige, feuergefährliche, übelriechende oder explosive Dämpfe oder Gase bilden,
  - Bau- oder Werkstoffe der öffentlichen Abwasseranlage angreifen,
  - die Abwasserreinigung und/oder die Schlammabseparierung erschweren,
  - die öffentliche Sicherheit gefährden,
  - durch die Abwasserreinigungsanlagen (Klärwerke) nicht beseitigt werden können und pflanzen-, boden- oder gewässerschädigend sind.

Hierzu gehören insbesondere folgende Stoffe:

- Schutt, Asche, Glas, Sand, Müll, Küchenabfälle, Treber, Hefe, Borsten, Lederreste, Fasern, Kunststoffe, Textilien, grobes Papier u. ä. (diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden), Schlacke, Kehrlicht, Kaffeesatz, Katzenstreu, tote Tiere, Kunststofffolien, grobes Papier oder andere feste Stoffe, auch wenn sie zerkleinert sind;
  - Kunstharz, Lacke, Zink, Schwermetalle und deren Salze, Pestizide, Arzneimittel, infektiöse Stoffe und gentechnisch verändertes Material, Latexreste, Zement, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige und später erhärtende Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen, Suspensionen, Dispersionen;
  - Jauche, Gülle, Mist, Silagesickersaft, Blut, Molke und Futterreste aus der Tierhaltung;
  - Kaltreiniger oder ähnliche Stoffe, die chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten oder die die Öl- und Fettabseparierung verhindern;
  - Kaltreiniger, die halogenierte Kohlenwasserstoffe enthalten oder sich nicht im Leichtstoffabscheider zurückhalten lassen;
  - Phenole, Lösungsmittel, Benzin, Heizöl, Schmieröl, mineralische, tierische und pflanzliche Öle und Fette einschl. des durch diese Stoffe verunreinigten Waschwassers;
  - Säuren und Laugen (zulässiger pH-Bereich 6,5 - 10), chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phosgen, Schwefelwasserstoff; Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze; Carbide, die Acetylen bilden; ausgesprochen toxische Stoffe;
  - Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen privaten Behandlungsanlagen;
  - Inhalte von Chemietoiletten;
  - Nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten;
  - Grund-, Drain- und Kühlwasser;
  - Medikamente und pharmazeutische Produkte;
  - Abwasser aus Schlachthöfen, deren Rückhaltesystem nicht den Anforderungen der Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln (Düngemittelverordnung – DüMV) i. d. F. vom 16.12.2008 (BGBl. I S. 2524), zuletzt geändert durch Art. 1, Erste ÄndVO vom 14.12.2009 (BGBl. I S. 3905), entspricht.
- (6) Abwasser mit radioaktiven Inhaltsstoffen darf nur eingeleitet werden, wenn es der Strahlenschutzverordnung vom 29.11.2018 (BGBl. I S. 2034, 2036) – insbesondere § 99 StrlSchV – entspricht.
- (7) Abwässer – insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben oder vergleichbaren Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser) – dürfen, abgesehen von den übrigen Begrenzungen des Benutzungsrechtes, nur eingeleitet werden, wenn

sie in der qualifizierten Stichprobe die Einleitungswerte laut Anhang 1 nicht überschreiten. § 9 Abs. 1 S. 2 gilt entsprechend.

- (8) Für im Anhang 1 nicht aufgeführte Stoffe werden die Einleitungswerte im Bedarfsfall festgesetzt, wenn dies von der Menge oder der Beschaffenheit des einzuleitenden Abwassers her erforderlich ist, um eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sicherzustellen, soweit sie nicht als nach § 9 Abs. 1 festgesetzt gelten.
- (9) Bei der Einleitung von Schmutzwasser von gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken oder von anderem nicht häuslichen Schmutzwasser in öffentliche Abwasseranlagen ist grundsätzlich eine qualifizierte Stichprobe vorzusehen. Sie umfasst
  - a) mindestens 5 Stichproben, die, in einem Zeitraum von höchstens 2 Stunden im Abstand von nicht weniger als 2 Minuten entnommen, gemischt werden. Die qualifizierte Stichprobe ist nicht bei den Parametern Temperatur und pH-Wert anzuwenden.
  - b) Dabei sind die in dieser Satzung oder in den Einleitungsgenehmigungen genannten Grenzwerte einzuhalten. Der Grenzwert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten 5 im Rahmen der städtischen Überwachung durchgeführten Überprüfungen in 4 Fällen diesen Wert nicht überschreiten und kein Ergebnis diesen Wert um mehr als 100 % übersteigt.
  - c) Überprüfungen, die länger als 3 Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Es gelten die Messverfahren nach der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV) i. d. F. vom 17.06.2004 (BGBl. I S. 1108), zuletzt geändert durch Art. 20 G zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585).

- (10) Niedrigere als die aufgeführten Einleitungswerte und Frachtenbegrenzungen können im Einzelfall festgesetzt und die Einhaltung der niedrigeren Einleitungswerte kann angeordnet werden, soweit dies nach den Umständen des Falles geboten erscheint, um eine Gefährdung der öffentlichen Abwasseranlagen oder der in den Anlagen beschäftigten Personen, die Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Anlagen oder einer Erschwerung der Abwasserbehandlung sowie der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung zu verhüten. Das Einleiten oder Einbringen von Stoffen, die die niedrigeren Einleitungswerte überschreiten, fällt im Geltungsbereich der Anordnung unter das Einleitungsverbot nach Abs. 7.

Höhere Einleitungswerte können im Einzelfall – nur unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs – zugelassen werden, wenn nach den Besonderheiten des Falles die schädlichen Stoffe und Eigenschaften der Abwässer innerhalb dieser Grenzen für die öffentlichen Abwasseranlagen, die darin beschäftigten Personen oder die Abwasserbehandlung vertretbar sind und eine Gefährdung ausgeschlossen ist.

- (11) Es ist unzulässig, entgegen den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik Abwasser zu verdünnen oder zu vermischen, um Einleitungsverbote zu umgehen oder die Einleitungswerte zu erreichen.
- (12) Ist damit zu rechnen, dass das anfallende Schmutzwasser nicht den Anforderungen gem. den vorstehenden Regelungen entspricht, kann gefordert werden, dass geeignete Vorbehandlungsanlagen und/oder Rückhaltungsmaßnahmen zu erstellen sind.
- (13) Die Stadt kann eine Rückhaltung, Drosselung und/oder Vorbehandlung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück fordern, wenn die zulässigen Einleitungsmengen überschritten werden und/oder das Niederschlagswasser nicht den Anforderungen dieser Satzung entspricht.
- (14) Werden von dem Grundstück Stoffe oder Abwässer i. S. d. Abs. 5 - 7 unzulässigerweise in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet, ist die Stadt berechtigt, auf Kosten des/der Grundstückseigentümers\*in oder Verursachers\*in die dadurch entstehenden Schäden in der Abwasseranlage zu beseitigen, Untersuchungen und Messungen des Abwassers vorzunehmen und selbsttätige Messgeräte mit den dafür erforderlichen Kontrollschächten einbauen zu lassen.
- (15) Entspricht ein Anschluss nicht mehr den jeweils geltenden Einleitungsbedingungen, sind der/die Grundstückseigentümer\*in sowie ggf. der/die Abwassereinleiter\*in verpflichtet, die Einleitung entsprechend auf ihre Kosten anzupassen. Die Stadt kann eine solche Anpassung verlangen und dafür eine angemessene Frist setzen.

## **II. Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen**

### **§ 10 Anschlusskanal**

- (1) Jedes Grundstück muss einen eigenen, unmittelbaren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage haben (bei Trennkanalisation 2 Anschlüsse). Die Lage und lichte Weite des Anschlusskanals und die Anordnung des Schachtes, Einsteigschachtes oder der Inspektionsöffnung bestimmt die Stadt. Es besteht kein Anspruch auf eine bestimmte Entwässerungstiefe.

- (2) Die Stadt kann ausnahmsweise den Anschluss mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Anschlusskanal zulassen. Diese Ausnahme setzt voraus, dass die beteiligten Grundstückseigentümer\*innen die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück durch Eintragung einer Baulast und einer Dienstbarkeit gesichert haben.
- (3) Die Stadt lässt den/die Anschlusskanal/-kanäle herstellen (§ 2 Abs. 5 und 6 Buchstabe a)
  - im Gebiet der Anlage I bis an den Schacht, Einsteigschacht oder der ersten Inspektionsöffnung (bspw. Anschlussstutzen), wobei diese nicht länger als 1,0 m von der Grundstücksgrenze entfernt sein dürfen,
  - im Gebiet der Anlage II bis einschließlich des Schachts, Einsteigschachts oder der Inspektionsöffnung.
- (4) Ergeben sich bei der Ausführung des Anschlusskanals unvorhersehbare Schwierigkeiten, die auch ein Abweichen von dem genehmigten Plan erfordern können, so hat der/die Grundstückseigentümer\*in den dadurch für die Anpassung der Grundstücksentwässerungsanlage entstehenden Aufwand zu tragen. Der/die Grundstückseigentümer\*in kann keine Ansprüche geltend machen für Nachteile, Erschwernisse und Aufwand, die durch solche Änderungen des Anschlusskanals beim Bau und beim Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen.
- (5) Die Stadt hat den Anschlusskanal zu unterhalten und bei Verstopfung zu reinigen. Der/die Grundstückseigentümer\*in hat die Kosten für die Reinigung des Anschlusskanals zu erstatten, soweit die Ursache für die Verstopfung nicht im Bereich der öffentlichen Abwassereinrichtung liegt.
- (6) Der/die Grundstückseigentümer\*in darf den Anschlusskanal nicht verändern oder verändern lassen.

### **§ 11 Schächte, Einsteigschächte, Inspektionsöffnungen**

- (1) Die im Anlagengebiet I gemäß §§ 1 Abs. 1a und Abs. 1d befindlichen Grundstücksanschlussschächte hat der/die Grundstückseigentümer\*in an den von der Stadt herausgezogene Grundstücksanschlussleitung zu errichten. Diese Grundstücksanschlussleitung wird bis zu 1,0 m von der öffentlichen Fläche mit dem vorhandenen öffentlichen Anschlusskanal auf das jeweilige Grundstück von der Stadt hergestellt.
- (2) Die im Anlagengebiet II gemäß § 1 Abs. 1b von der Stadt zu errichtenden Schächte, Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen werden in einem Abstand bis 3 m von der Straßen-/Grundstücksgrenze auf dem jeweiligen Anschlussgrundstück errichtet.

### **§ 12 Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Die Entwässerungsanlagen auf dem anzuschließenden Grundstück sind vom/**von der** Grundstückseigentümer\*in nach den jeweils geltenden allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere gem. DIN EN 752: 2008-04 Beuth „Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden“, DIN EN 12056: 2001-01 Beuth „Schwerkraftentwässerungsanlage innerhalb von Gebäuden“ von April 2008 in Verbindung mit der DIN 1986 Teile 3 von November 2004, 4 von Dezember 2011, 30 von Februar 2012 und 100 von Mai 2008 – "Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke" – und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben.

Die Grundstücksentwässerungsanlage ist auf Anforderung erstmals auf Dichtheit zu überprüfen. Sofern die Anforderung nicht erfolgt, ist sie spätestens bis zum 31.12.2040 auf Dichtheit zu überprüfen. Die Dichtheitsprüfung darf nur durch ein Unternehmen erfolgen, das gegenüber der Stadt die erforderliche Sachkunde nachgewiesen hat.

- (2) Die Verfüllung von Rohrgräben hat nach DIN EN 1610 von Dezember 2015 in Verbindung mit DWA A 139 (Ausgabe 2019) zu erfolgen. Die Herstellung von Rohrgräben, das Verlegen von Grundleitungen und Anschlusskanälen bis zur öffentlichen Abwasseranlage sowie das Verfüllen der Rohrgräben darf nur durch ein Unternehmen erfolgen, das durch eine entsprechende Bescheinigung belegen kann, dass es gegenüber der Stadt die erforderliche Sachkunde nachgewiesen hat.
- (3) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach ihrer Abnahme durch die Stadt in Betrieb genommen werden. Bis zur Abnahme dürfen Rohrgräben nicht verfüllt werden. Über das Prüfungsergebnis wird ein Abnahmeschein ausgefertigt, soweit das Prüfungsergebnis die Inbetriebnahme der Anlage erlaubt.

Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb der gestellten Frist zu beseitigen. Der Abnahmeschein befreit den/die Grundstückseigentümer\*in nicht von seiner/ihrer Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage.

- (4) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so ist dies der Stadt unverzüglich mitzuteilen; die Stadt kann fordern, dass die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten des/der Grundstückseigentümers\*in in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird.
- (5) Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen im Sinne des Abs. 1, so hat der/die Grundstückseigentümer\*in sie entsprechend auf eigene Kosten

anzupassen. Die Stadt kann eine solche Anpassung verlangen. Sie hat dazu dem/der Grundstückseigentümer\*in eine angemessene Frist zu setzen.

Der/die Grundstückseigentümer\*in ist zur Anpassung der Grundstücksentwässerungsanlage auch dann verpflichtet, wenn Änderungen an der öffentlichen Abwasseranlage das erforderlich machen.

Die Anpassungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Stadt. Die §§ 7 und 8 dieser Satzung sind entsprechend anzuwenden.

### **§ 13 Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Die Stadt kann Maßnahmen nach den Absätzen 2 - 6 anordnen, soweit diese im Interesse einer ordnungsgemäßen und störungsfreien Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht, insbesondere einer schadlosen Ableitung und Behandlung des Abwassers erforderlich sind.
- (2) Der Stadt oder Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage oder zur Beseitigung von Störungen sofort und ungehindert Zutritt zu dieser Anlage, zu den Abwasservorbehandlungsanlagen und zu den Abwasseranfallstellen zu gewähren. Die Stadt oder Beauftragte der Stadt sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere das eingeleitete oder einzuleitende Abwasser zu überprüfen und Proben zu entnehmen.
- (3) Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage, insbesondere Vorbehandlungsanlagen, Schächte, Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen, Rückstauverschlüsse sowie Abwasserbehandlungsanlagen müssen zugänglich sein.
- (4) Der/die Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage geforderten Auskünfte zu erteilen.
- (5) Soweit das Grundstück an die zentrale Abwasseranlage angeschlossen ist, kann die Stadt dem/der Grundstückseigentümer\*in die Eigenüberwachung für die Grundstücksentwässerungsanlage und für das auf dem Grundstück anfallende Abwasser nebst Vorlagepflicht der Untersuchungsergebnisse auferlegen sowie die Duldung und Kostentragung für eine regelmäßige gemeindliche Überwachung festsetzen. Die Stadt ist berechtigt, Art und Umfang der Eigenüberwachung zu bestimmen.
- (6) Die Stadt kann, über die in der DIN 1986-30 von Februar 2012 geforderten Dichtheitsprüfungen hinaus, zusätzliche Dichtheitsprüfungen anordnen, wenn es dafür eine sachliche Rechtfertigung gibt, insbesondere, wenn das Grundstück der Grundstücksentwässerungsanlage in einem Gebiet mit hohem Fremdwasseranteil liegt oder konkrete Erkenntnisse vorliegen, dass die Grundstücksentwässerungsanlage etwa durch Wurzeleinwuchs, wiederholte Abflussstörungen oder Fehlanschlüsse undicht ist.

### **§ 14 Sicherung gegen Rückstau**

- (1) Gegen den Rückstau des Abwassers aus den öffentlichen Abwasseranlagen hat sich jede\*r Grundstückseigentümer\*in selbst zu schützen. Aus Schäden, die durch Rückstau entstehen, können Ersatzansprüche gegen die Stadt nicht hergeleitet werden. Der/die Grundstückseigentümer\*in hat die Stadt außerdem von Schadenersatzansprüchen Dritter freizuhalten.
- (2) Rückstauenebene ist die Straßenoberfläche vor dem anzuschließenden Grundstück. Unter dem Rückstau liegende Räume, Schächte, Schmutz- und Regenwasserabläufe usw. müssen gem. DIN EN 12056 in Verbindung mit DIN 1986-100 gegen Rückstau abgesichert sein. Die Sperrvorrichtungen sind dauernd geschlossen zu halten und dürfen nur bei Bedarf geöffnet werden.
- (3) Wo die Absperrvorrichtungen nicht dauernd geschlossen sein können oder die angrenzenden Räume unbedingt gegen Rückstau geschützt werden müssen, z.B. Wohnungen, gewerbliche Räume, Lagerräume für Lebensmittel oder andere wertvolle Güter, ist das Schmutzwasser mit einer automatisch arbeitenden Abwasserhebeanlage bis über die Rückstauenebene zu heben und dann in die öffentliche Abwasseranlage zu leiten.
- (4) Regenwasserabläufe von Flächen unterhalb der Rückstauenebene dürfen nur unter Zwischenschaltung einer Hebeanlage an die zentrale Abwasseranlage angeschlossen werden.

### **§ 15 Niederschlagswasser von Stellplätzen**

- (1) Für versiegelte Kfz-Abstellflächen von gewerblichen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen mit mehr als 10 Einstellplätzen sind Hofabläufe für Nassschlamm mit Ölsperre zu verwenden. Rinnen sind über Schlammfang mit Tauchbogen im Abgang zu entwässern. Die Anlagen sind entsprechend den Empfehlungen des Herstellers zu warten.

- (2) Die Bestimmungen gem. § 15 Abs. 1 gelten nur für versiegelte Kfz-Abstellflächen von gewerblichen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen mit mehr als 10 Einstellplätzen, die nach Inkrafttreten dieser Satzung neu erstellt oder auf mehr als 10 Einstellplätze erweitert werden.

**III. Besondere Vorschriften für die Beseitigung von in Kleinkläranlagen anfallendem Schlamm und Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben**

**§ 16 Bau und Betrieb von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben**

- (1) Kleinkläranlagen und abflusslose Sammelgruben (Grundstücksentwässerungsanlagen) sind vom/von der Grundstückseigentümer\*in nach DIN 1986-100 von Dezember 2016 und DIN 4261 und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben.
- (2) Kleinkläranlagen und abflusslose Sammelgruben sind so anzulegen und vorzuhalten, dass sie von den eingesetzten Entsorgungsfahrzeugen ungehindert angefahren und ohne weiteres entleert werden können. Der Stadt oder den von ihr Beauftragten ist zum Zwecke der Entleerung der Kleinkläranlagen und der abflusslosen Sammelgruben ungehindert Zutritt zu gewähren.
- (3) Der Stadt ist jede vorhandene oder in Betrieb genommene Kleinkläranlage oder abflusslose Sammelgrube durch deren Betreiber\*in anzuzeigen. Die Anzeige hat folgende Angaben zu enthalten:
- Angaben über Art und Bemessung der Kleinkläranlage oder abflusslosen Sammelgrube.
  - einen mit Nordpfeil versehenen Lageplan des anzuschließenden Grundstücks im Maßstab nicht kleiner 1:500 mit folgenden Angaben:
    - Straße und Hausnummer,
    - vorhandene und geplante bauliche Anlagen auf dem Grundstück,
    - Lage der Kleinkläranlage oder der abflusslosen Sammelgrube
    - Lage der Entwässerungsleitungen außerhalb des Gebäudes mit Schächten,
    - Anfahr- und Entleerungsmöglichkeit für das Entsorgungsfahrzeug.
  - eine Kopie der wasserbehördlichen Erlaubnis (gilt nur für Kleinkläranlagen).
- (4) In Kleinkläranlagen und abflusslose Sammelgruben dürfen die in § 9 Abs. 5 aufgeführten Stoffe nicht eingeleitet werden. Für die Einleitung von Abwasser gilt § 9 Abs. 7 und 8 entsprechend.

**§ 17 Besondere Regelung für abflusslose Sammelgruben**

- (1) Abflusslose Sammelgruben werden bei Bedarf von der Stadt oder durch von ihr beauftragte Dritte entleert. Der/die Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, damit eine Entleerung rechtzeitig erfolgen kann. Insbesondere hat er/sie die Notwendigkeit einer Entleerung gegenüber der Stadt rechtzeitig – mindestens 7 Werktage vorher – anzuzeigen.

Nach Ziff. 4 der DIN 4261, Teil 3, sind Mehrkammer-Absetzgruben nach Bedarf, in der Regel jedoch mindestens einmal pro Jahr zu entleeren. Mehrkammer-Ausfaulgruben sind nach Bedarf, in der Regel jedoch mindestens alle 2 Jahre zu entschlammern.

- (2) § 13 gilt entsprechend.

**§ 18 Entsorgung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes**

- (1) Kleinkläranlagen werden von der Stadt oder durch von ihr Beauftragte bedarfsgerecht und nach den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere nach der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung oder der DIN 4261 Teil 1 von Oktober 2010, entleert.
- (2) Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Entsorgung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes ist, dass durch den/die Grundstückseigentümer\*in die Durchführung regelmäßiger fachgerechter Messungen/Untersuchungen sichergestellt wird, anhand derer die Notwendigkeit einer Abfuhr des in der Kleinkläranlage angefallenen Schlammes beurteilt werden kann. Diese haben nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, jedoch mindestens einmal im Jahr zu erfolgen. Die Ergebnisse dieser Messungen/Untersuchungen sind der Stadt innerhalb von 14 Tagen mitzuteilen.
- (3) Werden der Stadt die Ergebnisse der regelmäßigen Messungen/Untersuchungen im Sinne des Abs. 2 nicht bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt, erfolgt eine regelmäßige Entleerung der Vorklärun der Kleinkläranlagen durch die Stadt oder durch von ihr Beauftragte.

- (4) Eine Entleerung der Vorklärung hat alle 5 Jahre zu erfolgen. Das anfallende Abwasser bzw. der anfallende Schlamm wird einer Behandlungsanlage zugeführt.
- (5) Die Stadt kann Ausnahmen von der vollständigen Entleerung der Vorklärung zulassen, insbesondere dann, wenn ein\*e Fachkundige\*r für die Wartung von Kleinkläranlagen mitteilt, dass die Entleerung der anderen Kammern aufgrund der Schlammmenge und -konsistenz nicht erforderlich ist.
- (6) Die Stadt oder von ihr Beauftragte geben die Entsorgungstermine bekannt. Die Bekanntgabe kann öffentlich geschehen. Der/die Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, dass die Entsorgung zum festgesetzten Zeitpunkt erfolgen kann.

#### **§ 19 Überwachung der dezentralen Abwasserbeseitigungsanlage**

- (1) Der Stadt bzw. von ihr Beauftragten ist zur Prüfung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben oder zur Beseitigung von Störungen sofort und ungehindert Zutritt zu gewähren. Die Stadt bzw. von ihr Beauftragte sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere Proben zu entnehmen.
- (2) Der/die Grundstückseigentümer\*in ist verpflichtet, alle zur Prüfung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

### **IV. Schlussvorschriften**

#### **§ 20 Maßnahmen an der öffentlichen Abwasseranlage**

Einrichtungen öffentlicher Abwasseranlagen dürfen nur von Beauftragten der Stadt oder mit Zustimmung der Stadt betreten werden. Eingriffe an öffentlichen Abwasseranlagen sind unzulässig.

#### **§ 21 Anzeigepflichten**

- (1) Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschlusszwanges (§§ 3, 4), so hat der/die Grundstückseigentümer\*in dies unverzüglich der Stadt mitzuteilen.
- (2) Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in eine der Abwasseranlagen, so ist die Stadt unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem umgehend schriftlich – zu unterrichten.
- (3) Der/die Grundstückseigentümer\*in hat Betriebsstörungen oder Mängel am Anschlusskanal unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem umgehend schriftlich – der Stadt mitzuteilen.
- (4) Beim Wechsel des Eigentums oder Erbbaurechtes an einem Grundstück hat der/die bisherige Grundstückseigentümer\*in die Rechtsänderung unverzüglich der Stadt schriftlich mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung ist auch der/die neue Grundstückseigentümer\*in bzw. Erbbauberechtigte verpflichtet.
- (5) Wenn Art und Menge des Abwassers sich erheblich ändern (z.B. bei Produktionsumstellungen) so hat der/die Grundstückseigentümer\*in bzw. der/die Berechtigte nach § 2 Abs. 8 dies unverzüglich der Stadt mitzuteilen.

#### **§ 22 Altanlagen**

- (1) Anlagen, die vor dem Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers dienen und die nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt sind, hat der/die Grundstückseigentümer\*in binnen 3 Monate auf seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Abwasser nicht mehr benutzt werden können.
- (2) Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, schließt die Stadt den Anschluss.

#### **§ 23 Vorhaben des Bundes und des Landes**

Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für Vorhaben des Bundes und des Landes, soweit gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.

#### **§ 24 Befreiungen**

- (1) Die Stadt kann von Bestimmungen dieser Satzung, soweit sie keine Ausnahme vorsehen, Befreiung erteilen, wenn die Durchführung der Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

- (2) Die Befreiung kann unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

### **§ 25 Haftung**

- (1) Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der/die Verursacher\*in. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliche Abwässer oder sonstige Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden. Ferner hat der/die Verursacher\*in die Stadt von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.
- (2) Der/die Grundstückseigentümer\*in haftet außerdem neben dem/der Verursacher\*in für alle Schäden und Nachteile, die der Stadt durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
- (3) Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Satzung die Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 9 Abs. 5 AbwAG) verursacht, hat der Stadt den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten.
- (4) Mehrere Verursacher\*innen haften als Gesamtschuldner\*innen.
- (5) Bei Überschwemmungsschäden als Folge von
- a) Rückstau in der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. bei Hochwasser, Wolkenbrüchen, Frostschäden oder Schneeschmelze,
  - b) Betriebsstörungen, z.B. Ausfall eines Pumpwerkes,
  - c) Behinderungen des Abwasserabflusses, z.B. bei Kanalbruch oder Verstopfung,
  - d) zeitweiliger Stilllegung der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. bei Reinigungsarbeiten im Straßenkanal oder Ausführung von Anschlussarbeiten,

hat der/die Grundstückseigentümer\*in einen Anspruch auf Schadenersatz nur, soweit die eingetretenen Schäden von der Stadt schuldhaft verursacht worden sind. Anderenfalls hat der/die Grundstückseigentümer\*in die Stadt von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.

- (6) Wenn bei der Entleerung von Abflusslosen Sammelgruben bzw. der Entleerung von Kleinkläranlagen trotz erfolgter Anmeldung zur Entleerung infolge höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörungen oder betriebsnotwendiger anderer Arbeiten die Entleerung erst verspätet durchgeführt werden kann oder eingeschränkt bzw. unterbrochen werden muss, hat der/die Grundstückseigentümer\*in keinen Anspruch auf Schadenersatz.

### **§ 26 Zwangsmittel**

- (1) Für den Fall, dass die Vorschriften dieser Satzung nicht befolgt werden oder gegen sie verstoßen wird, kann nach § 70 des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (NVwVG) i. V. m. den §§ 65 bis 67 des Nds. Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz (NPOG) ein Zwangsgeld bis zu 50.000 Euro angedroht und festgesetzt werden. Dieses Zwangsmittel kann wiederholt werden, bis die festgestellten Mängel beseitigt sind.
- (2) Die zu erzwingende Handlung kann nach vorheriger Androhung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des/der Pflichtigen durchgesetzt werden.
- (3) Das Zwangsgeld und die Kosten der Ersatzvornahme werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

### **§ 27 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig i. S. d. § 10 Abs. 5 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
1. §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 sein Grundstück nicht rechtzeitig an die öffentliche Abwasseranlage(n) anschließen lässt;
  2. §§ 3 Abs. 8, 4 Abs. 2 das bei ihm anfallende Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage(n) ableitet;
  3. § 4 Abs. 2 Niederschlagswasser und/oder selbst gefördertes Wasser, das als Brauchwasser genutzt wird, ohne Genehmigung einleitet;
  4. dem nach § 7 genehmigten Entwässerungsantrag die Anlage ausführt;
  5. § 8 den Anschluss seines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage(n) oder die Änderung der Entwässerungsgenehmigung nicht beantragt oder unvollständige und somit nicht prüffähige Unterlagen einreicht;

6. §§ 9, 16 Abs. 4 Abwasser und Stoffe einleitet, die einem Einleitungsverbot unterliegen oder die nicht den Einleitungswerten entsprechen;
  7. § 12 Abs. 3 die Grundstücksentwässerungsanlage oder Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb nimmt oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt;
  8. § 12 Abs. 4 die Entwässerungsanlage seines Grundstückes nicht ordnungsgemäß betreibt;
  9. § 13 Beauftragten der Stadt nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt;
  10. § 16 Abs. 2 die Entleerung behindert;
  11. § 17 Abs. 1 die Anzeige der Notwendigkeit einer Grubenentleerung unterlässt oder die Entleerung selbst vornimmt oder durch nicht von der Stadt beauftragte Dritte vornehmen lässt;
  12. § 18 Abs. 1 die Entleerung selbst vornimmt oder durch nicht von der Stadt beauftragte Dritte vornehmen lässt;
  13. § 18 Abs. 2 die Durchführung regelmäßiger fachgerechter Messungen/Untersuchungen nicht sicherstellt;
  14. § 20 die öffentliche Abwasseranlage betritt oder sonstige Maßnahmen an ihr vornimmt;
  15. § 21 seine Anzeigepflichten nicht oder nicht unverzüglich erfüllt;
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 5.000 Euro geahndet werden.

### **§ 28 Beiträge und Gebühren**

Für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung und die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen werden nach besonderen Rechtsvorschriften Beiträge und Gebühren erhoben und Erstattungsbeträge gefordert.

### **§ 29 Einleiterkataster**

- (1) Die Stadt führt ein Kataster über Einleitungen in die öffentlichen Abwasseranlagen, soweit es sich nicht um häusliches Abwasser handelt.
- (2) Bei Einleitungen im Sinne des Abs. 1 sind der Stadt mit dem Entwässerungsantrag nach § 8, bei bestehenden Anschlüssen binnen 5 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung, die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Auf Anforderung der Stadt hat der/die Grundstückseigentümer\*in weitere für die Erstellung des Einleiterkatasters erforderliche Auskünfte zu geben, insbesondere über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und ggf. die Vorbehandlung von Abwasser.

### **§ 30 Hinweis auf archivmäßige Verwahrung**

Die DIN-Normen und sonstigen außerrechtlichen Regelungen, auf die in dieser Satzung verwiesen wird, sind bei der Stadt – Amt für Verkehr, Entsorgung und Umweltschutz – archivmäßig gesichert, verwahrt und können dort während der Dienststunden der Stadtverwaltung eingesehen werden.

### **§ 31 Übergangsregelung**

- (1) Die vor Inkrafttreten der Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.
- (2) Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlussvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gem. § 8 dieser Satzung spätestens 1 Monat nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

### **§ 32 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abwasserbeseitigungssatzung vom 23.06.1992 i.d.F. vom 26.09.2019 außer Kraft.

Rotenburg (Wümme), den 19.11.2020

Stadt Rotenburg (Wümme)  
Andreas Weber  
(Bürgermeister)

**Anhang 1 (zu § 9 Abs. 7):**

Nr.	Parameter	Richtwert	DIN Normen und/oder DEV-Nummern	Stand
<b>1.</b>	<b>Allgemeine Parameter</b>			
1.1	Temperatur	35 °C	DIN 38404-C4	Dez. 1976
1.2	pH-Wert	mindestens 6,5, maximal 10,0	DIN EN ISO 10523-C5	April 2012
1.3	Absetzbare Stoffe nur soweit eine Schlammabscheidung aus Gründen der ordnungsgemäßen Funktionsweise der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist	1 – 10 ml/l, nach 0,5 Std. Absetzzeit	DIN 38409-H9	Juli 1980
<b>2.</b>	<b>Organische Stoffe und Stoffkenngrößen</b>			
2.1	Schwerflüchtige, lipophile Stoffe (u.a. verseifbare Öle und Fette), gesamt	300 mg/l	DIN 38409-56 DEV H56 DIN 38409-H17	
2.2	Kohlenwasserstoffindex, gesamt	100 mg/l	DIN EN ISO 9377-2-H 53 DIN EN 858-1 DIN EN 858-5	Juli 2001 Febr. 2005 Okt. 2003
a)	<i>soweit im Einzelfall eine weitergehende Entfernung der Kohlenwasserstoffe erforderlich ist</i>	20 mg/l	<i>DIN EN ISO 9377-2-H 53</i>	<i>Juli 2001</i>
2.3	Adsorbierbare organisch gebundene Halogenverbindungen (AOX)	1 mg/l	DIN EN ISO 9562 14	Febr. 2005
2.4	Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe aus Trichlorethen, Tetrachlorethen, 1,-1,-1-Trichlor- ethan, Dichlormethan und Tri- chlormethan, gerechnet als Chlor (Cl)	0,5 mg/l	DIN EN ISO 10301-F4 DIN 38407-F43 DIN EN ISO 15680-F19	Aug. 1997 Okt. 2014 April 2004
2.5	Phenolindex, wasserdampflich	100 mg/l	DIN 38409-H16-2	Juni 1984
2.6	Farbstoffe	<i>maximal nur in einer äußerst niedrigen Konzentration, dass der Vorfluter nach Einleitung des Ablaufs einer mechanisch-biologischen Kläranlage visuell nicht mehr gefärbt erscheint</i>		
2.7	Organische halogenfreie Lösemittel  <i>mit Wasser ganz oder teilweise mischbar und biologisch abbaubar: entspr. spezieller Festlegung, jedoch Richtwert nicht größer als er der Löslichkeit entspricht oder als</i>	10 g/l als TOC	DIN 38407-F9 <i>gaschromatisch z.B. analog DIN 38407 – F9 Sofern die Stoffe bekannt sind, erfolgt Bestimmung als DOC nach DIN EN 1484 DIN EN 1484:1997-08. Wasseranalytik – Anleitungen zur Bestimmung des gesamten organischen Kohlenstoffs (TOC) und des gelösten organischen Kohlenstoffs (DOC)</i>	Mai 1991  <i>Deutsche Fassung EN 1483-1997</i>

Nr.	Parameter	Richtwert	DIN Normen und/oder DEV-Nummern	Stand
<b>3.</b>	<b>Metalle und Metalloide</b>			
3.1	Antimon (Sb)	0,5 mg/l	DIN EN ISO 11969- D 18 DIN 38405-D 32 DIN En ISO 11885-E 22	Nov. 1996 Mai 2000 Sept. 2009
3.2	Arsen (As)	0,5 mg/l	DIN EN ISO 17294-2 DIN EN ISO 11969-D 18 DIN EN ISO 11885-E 22	Febr. 2005 Nov. 1996 April 1998
3.3	Blei (Pb)	1,0 mg/l	DIN 38406-E 6 DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN EN ISO 17294-2-E 29	Juli 1998 März 1990 Sept. 2009 Febr. 2005
3.4	Cadmium (Cd)	0,5 mg/l	DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 5961 – E 19 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN EN ISO 17294-2-E 29	März 1990 Mai 1995 Sept. 2009 Febr. 2005
3.5	Chrom (Cr)	1,0 mg/l	DIN EN 1233 – E 10 DIN EN ISO 17294-2-E 29 DIN EN ISO 11885-E 22	Aug. 1996 Febr. 2005 Sept. 2009
3.6	Chrom VI (Cr)	0,2 mg/l	DIN EN ISO 10304-3–D 22 DIN 38405-D 24 DIN EN ISO 11885-E 22	Aug. 1997 Mai 1987 Sept. 2009
3.7	Cobalt (Co)	2,0 mg/l	DIN 38406-E 16 DIN 38406-E 24 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN EN ISO 17294-2-E 29	März 1990 März 1993 Sept. 2009 Febr. 2005
3.8	Kupfer (Cu)	1,0 mg/l	DIN 38406-E 16 DIN 38406-E 7 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN 38406-E 29	März 1990 Sept. 1991 Sept. 2009 Febr. 2005

Nr.	Parameter	Richtwert	DIN Normen und/oder DEV-Nummern	Stand
3.9	Nickel (Ni)	1,0 mg/l	DIN 38406-E 11 DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN EN ISO 17294-2-E 29	Sept. 1991 März 1990 Sept. 2009 Febr. 2005
3.10	Quecksilber (Hg)	0,1 mg/l	DIN EN ISO 12846-E 12 DIN EN ISO 12846-E 31	Aug. 2012 Aug. 2012
3.11	Selen (Se)	<i>Keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und –reinigung auftreten.</i>		
3.12	Silber (Ag)			
3.13	Zink (Zn)	5,0 mg/l	DIN 38406-E 8-1 DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN ISO 17294-2-E 29	Okt. 2004 März 1990 Sept. 2009 Febr. 2005
3.14	Zinn (Sn)	5,0 mg/l	DIN EN ISO 11969- D 18 DIN EN ISO 5961-E 19 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN EN ISO 17294-2-E 29	Nov. 1996 Mai 1995 Sept. 2009 Febr. 2005
3.15	Aluminium (Al)	<i>Keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und –reinigung auftreten.</i>		
3.16	Barium (Ba)			
3.17	Eisen (Fe)			
3.18	Mangan (Mn)	<i>Auf die Nennung eines Richtwertes wird verzichtet. Dennoch werden Mn, Tl und V aufgeführt, da sie in der 17. BImSchV begrenzt sind, welche bei der Verbrennung des anfallenden Klärschlammes zu berücksichtigen ist.</i>		
3.19	Thallium (Tl)			
3.20	Vanadium (V)			
<b>4.</b>	<b>Weitere anorganische Stoffe</b>			
4.1	Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak (NH <sub>4</sub> -N+NH <sub>3</sub> -N)	100 mg/l < 5000 EW 200 mg/l > 5000 EW	DIN 38406-E5 DIN EN ISO 11732-E23 DIN 38406-E5-2 DIN EN ISO 11732-E23	Okt. 1983 Mai 2005 Okt. 1983 Sept. 1997
4.2	Stickstoff aus Nitrit (NO <sub>2</sub> -N)	10 mg/l	DIN EN 26777 – D 10 DIN EN ISO 10304 – 1 DIN EN ISO 13395 – D 28	April 1983 Juli 2009 Dez. 1996
4.3	Cyanid, leicht freisetzbar	1,0 mg/l	DIN 38405-D 13	April 2011
Nr.	Parameter	Richtwert	DIN Normen und/oder DEV-Nummern	Stand
4.4	Sulfat (SO <sub>4</sub> <sup>2-</sup> )	600 mg/l	DIN EN ISO 10304 – 1 DIN 38405-D 5	Juli 2009 Jan. 1985
4.5	Sulfid, leicht freisetzbar (S <sup>2-</sup> )	2,0 mg/l	DIN 38405-D27	Juli 1992
4.6	Fluorid (F <sup>-</sup> )	50 mg/l	DIN 38405-D4 DIN EN ISO 10304-1	Juli 1985 Juli 2009
4.7	Phosphor, gesamt	50 mg/l	DIN EN ISO 6878 – D 11 DIN EN ISO 1885 – E 22	Sept. 2004 Sept. 2009
<b>5.</b>	<b>Chemische und biochemische Wirkungskenngrößen</b>			
5.1	Spontane Sauerstoffzehrung	100 mg/l	DIN V 38408-G24	Aug. 1987
5.2	Aerobe biologische Abbaubarkeit	<i>Keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und –reinigung auftreten.</i>		
5.3	Nitrifikationshemmung			

## **Jahresabschlüsse 2019 der Samtgemeinde Selsingen und der Arbeitsgemeinschaft Bildungswerk Selsingen und Entlastungserteilung**

Der Rat der Samtgemeinde Selsingen hat in seiner Sitzung am 17.11.2020 folgende Beschlüsse gefasst:

- Die Jahresabschlüsse der Samtgemeinde Selsingen u. der Arbeitsgemeinschaft Bildungswerk Selsingen für das Haushaltsjahr 2019 werden in der vorliegenden Fassung beschlossen.
- Dem Samtgemeindebürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2019 die Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss 2019 und der um die Stellungnahme des Samtgemeindebürgermeisters ergänzte Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung an sieben Werktagen (nur montags bis freitags) während der Öffnungszeiten bei der Samtgemeinde Selsingen, Hauptstraße 30, 27446 Selsingen, öffentlich aus.

Selsingen, 30. November 2020

Samtgemeinde Selsingen  
Der Samtgemeindebürgermeister

- Amtsblatt Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 30.11.2020 Nr. 22

---

---

Herausgeber, Schriftleitung und Druck:

Landkreis Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), Tel. 04261/983-0

Nachdruck nur mit Genehmigung des Landkreises Rotenburg (Wümme) gestattet.

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf, in der Regel am 15. und letzten jeden Monats.

*Ansprechpartner/in für den Bezug des Amtsblattes in Druckform oder per E-Mail: Frau Trau, Tel. 04261/983-2180, E-Mail: monika.trau@lk-row.de , oder Herr Twiefel, Tel. 04261/983-2130, E-Mail: jochen.twiefel@lk-row.de .*